

## **„Für eine sachliche Auseinandersetzung mit dem Schulgesetz“**

### **- Ein Aufruf -**

„Das Gespenst von der Abschaffung der Gymnasien geht um“. Diese Auffassung von Seiten des Philologenverbandes scheint in der gegenwärtigen bildungspolitischen Debatte um das Schulgesetz immer weiter um sich zu greifen, sodass die legitimen Formen der politischen Kontroverse bereits überschritten werden. Die Aufgabe und das Recht von Interessenverbänden und parlamentarischer Opposition, die Auseinandersetzung zuzuspitzen und auch zu überzeichnen, steht dabei nicht in Frage. Aber im Streit um das Schulgesetz in Niedersachsen wird mittlerweile mit unlauteren Mitteln gearbeitet, Ängste geweckt und allgemeine Hysterie erzeugt. Mit einer rationalen Debatte in der argumentativen Abwägung der Vor- und Nachteile hat das nichts zu tun.

Der Philologenverband und die von seinen Unterstützern betriebene Online-Petition suggerieren, über kurz oder lang würde in Stadt und Land die Existenz der Gymnasien gefährdet sein. Es wird gesagt, dass die kommunalen Schulträger kurz davor ständen, flächendeckend Gymnasien durch Gesamtschulen zu ersetzen. Das ist absurd angesichts der Tatsache, dass Bürgermeister und Landräte nach einem klaren politischen Kalkül handeln. Alle wollen wiedergewählt werden. Warum sollten sie sich mit der gymnasialen Elternschaft anlegen?

Der Philologenverband tut so, als ob die Möglichkeit, Gesamtschulen als ersetzende Schule für Haupt- und Realschulen und Gymnasien zu errichten, ein gefährliches schulrechtliches Novum sei. Tatsächlich können Schulträger seit 40 Jahren bei Errichtung einer Gesamtschule von der Pflicht befreit werden, Schulen des gegliederten Schulsystems zu führen, ohne dass es vor Ort diesbezüglich zu politischem Streit gekommen wäre. Im aktuellen Schulgesetzentwurf wird nur das Verfahren sinnvoll geändert.

Es ist zutreffend, dass Gesamtschulen leichter errichtet werden können und dass Schulträger angesichts rückläufiger Schülerzahlen keine zusätzlichen Schulen errichten. Viele Schulträger stehen vor der Aufgabe, eine gut akzeptierte Alternative aufzubauen, wenn Hauptschulen, Realschulen und Oberschulen von den Eltern nicht mehr ausreichend angenommen werden. Das ist oft die Gesamtschule, weil diese die Schullaufbahn offenhält und zum Abitur führt. Wenn Eltern eine Gesamtschule stärker anwählen als ein Gymnasium, kann auch schon mal ein Gymnasium in einer Gesamtschule aufgehen. Bisher ist das aber nur Theorie, denn es gilt festzuhalten: Obwohl 50 neue Gesamtschulen gegründet wurden, wurde nicht ein einziges Gymnasium geschlossen.

Auf Basis solch widersprüchlicher Argumentationen, die z.T. in missverständliche Kontexte eingebettet, vorrangig emotional und populistisch geführt werden, ist eine ernsthafte und sachlich begründete Auseinandersetzung mit uns nicht zu führen.

**Wir fordern den Philologenverband und seine Unterstützer in den Oppositionsparteien auf, wieder zur konstruktiven und pragmatischen Sacharbeit zurückzukehren.**

Hannover, 18. Februar 2015

**Katharina Badenhop, Stefan Politze, Eberhard Brandt**